



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Frankreichs Stellungnahme

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

Es ist nötig, das an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang noch einmal klar herauszustellen, damit die Schuld am Stocken der Verhandlungen und der nun im Frühling 1933 drohenden Kriegsgefahr nicht einseitig bei der deutschen Konferenzpolitik gesucht werde. Diese war nicht von der Linie abgewichen, die sie seit der Aufnahme der Verhandlungen verfolgte. Sie hatte von Anfang an zu erkennen gegeben, daß der Abrüstungsstand Deutschlands an das Versprechen der Abrüstung der Vertragsmächte geknüpft sei, und den Anspruch auf eine Wiederbewaffnung Deutschlands erst angemeldet, als klar wurde, daß Frankreich nicht daran dachte, seine eigene Rüstung und die seiner Verbündeten in ein erträgliches Verhältnis zu der Abrüstung Deutschlands zu bringen.

Frankreich hat die Verhandlungen immer im Stil einer großartigen diplomatischen Auseinandersetzung geführt. Es wollte seine Politik durch sie nicht bestimmen, sondern sanktionieren lassen. Diese Politik zielte nach wie vor auf die Auskreisung Deutschlands und unterordnete diesem Prinzip alle anderen Gesichtspunkte. Sogar der französisch-italienische Gegensatz wurde diesem Prinzip dienstbar gemacht.

Am 9. Mai erklärte der französische Minister des Außern Paul-Boncour vor dem Senat ausdrücklich, daß es zwischen Frankreich und Italien nichts Trennendes gebe. Es kam ihm in diesem kritischen Augenblick darauf an, Mussolinis Vorschlag eines Vierer-Paktes in die französische Völkerbundspolitik einzubeziehen und die österreichische Frage in einen engeren Zusammenhang mit den französischen Machtinteressen im Donauraum zu bringen. Er scheute auch nicht davor zurück, diese Wendung öffentlich zu begründen. Diese Begründung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie lautete dahin, daß Italien angesichts der revolutionären „Explosionen“, die in Deutschland stattfänden, im Kreise der Westmächte und Amerikas festgehalten werden müsse. Dann beglückwünschte der französische Staatsmann sein Land dazu, daß es auf der Abrüstungskonferenz gelungen sei, die deutsche Schutzpolizei als militärische Formation zu klassifizieren, und fügte beinahe in Form einer Apostrophe hinzu: „Wir werden zu Deutschland sagen, wenn ihr die Reichswehr beibehalten wollt, so haltet euch streng an den Vertrag von Ver-

failles." Das war die Antwort auf die Ablehnung, die der englisch-französische Vorschlag auf Vereinheitlichung der Heerestypen, also auf Abschaffung der Reichswehr zugunsten einer schwachen Miliztruppe bei der deutschen Regierung gefunden hatte. Dahinter stand eine Drohung. Diese ergab sich aus der leicht zu ziehenden Schlussfolgerung, daß Frankreich keine Verletzung des Vertrages dulden werde. Die deutsche Revolution aber bezeichnete Paul-Boncour unter Bezugnahme auf die Judenfrage als ein Phänomen, das einen Rückschritt um mehrere Jahrhunderte in sich schloffe.

Von diesen Äußerungen hatte nur die auf die Abrüstung bezugnehmende Gewicht. Sie bedrohte die deutsche Stellungnahme mit einem verhüllten, aber deutlich erkennbaren Anspruch auf Sanktionen, denen die Klassifizierung der „Schupo“ als einer militärischen Truppe den Weg bereitet hatte.

Nun konnte die deutsche Diplomatie nicht länger schweigen.

*

Am 12. Mai nahm der Reichsminister des Äußern den Handschuh auf. Neurath stellte sich auf den Boden grundsätzlicher Erörterungen und erklärte, daß die deutsche Forderung auf Durchführung der Gleichberechtigung, die durch die Abrüstung der anderen hergestellt werden müsse, am mangelnden Abrüstungswillen der hochgerüsteten Staaten gescheitert sei. Dann umschrieb er die dadurch entstandene Lage, indem er beifügte, daß, wie immer auch die Abrüstung nach Vereinigung und Annahme des zur Beratung stehenden englischen Planes ausfallen werde, diese, falls es überhaupt dazu komme, Rüstungsergänzungen von deutscher Seite nötig machten. „Kann man noch hoffen“, fragte der Minister, „daß die Flugwaffe oder auch nur die Bombenflugzeuge künftig allgemein verboten oder die bestehenden Luftflotten beseitigt werden?“ und antwortete: „Sicherlich nicht.“ Da Deutschland keine Luftwaffe besaß, ergab sich die daraus zu ziehende Schlussfolgerung von selbst. Ebenso lauteten Frage und Antwort in bezug auf das Geschützkaliber, das man in Versailles für Deutschland auf 15 Zentimeter festgesetzt hatte, also ein Höchstmaß, das die Mächte, falls sie sich zur Ab-